



Befreiungsschlag am Mittelmeer?

Von Klaus F. Zimmermann*

Die Mittelmeerunion zwischen der Europäischen Union und den anderen Mittelmeerländern verbindet 43 Staaten (sowie Libyen als Beobachter) und knapp eine Milliarde Menschen. Diese Initiative setzt den Barcelona-Prozess der EU mit anderen Mitteln fort, der zuvor schon seit 1995 erfolglos die politische und wirtschaftliche Kooperation mit den Staaten des Mittelmeerraumes vertiefen sollte. Ziele des neuen Bündnisses sind unter anderem die Einrichtung von transnationalen Schifffahrtsstraßen und Autobahnen in Nordafrika, die Säuberung des Mittelmeers, die Etablierung eines gemeinsamen Katastrophenschutzes, Energie-, Bildungs- und Mittelstandsinitiativen sowie eine neue koordinierte Strategie gegen den Terrorismus.

Der Ansatz ist weder wirklich neu noch genial, doch stellt er sich zentralen Herausforderungen der EU: der Sicherung der Energieversorgung, der Kontrolle des Migrationsdrucks, der Bekämpfung der Terrorgefahr und der wirtschaftlichen Entwicklung Nordafrikas als Einstieg in eine afrikanische regionale Entwicklungspolitik. Die Initiative kann aber auch als eine verdeckte Abwehrstrategie gegen den Beitritt der Türkei und weiterer Mittelmeerländer zur EU und als Bildung einer neuen Mauer gegen den legalen und illegalen Zuwanderungsdruck aus dem Mittelmeerraum verstanden werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Mittelmeerraumes muss allerdings als ein wichtiges positives Ziel für sich alleine genommen werden. Zwar kann die Aussicht auf stabile ökonomische Verhältnisse und wachsenden Wohlstand dazu beitragen, Auswanderungsabsichten zu reduzieren und Gewalt bei ihrer Entstehung einzugrenzen. Es wäre aber eine Illusion zu glauben, dadurch könne auf Dauer die Öffnung der europäischen Märkte, einschließlich der Arbeitsmärkte, vermieden werden. Zwar bietet die neue Union vielfältige Möglichkeiten, den Integrationsprozess zwischen den Regionen zu gestalten. So kann der illegalen Immigration in die EU einfacher Einhalt geboten werden, wenn die nichteuropäischen Paktstaaten noch stärker bei ihrer Bekämpfung Verantwortung übernehmen.

Aber wirtschaftliche Entwicklung stärkt auf Dauer die Fähigkeit zur Wanderung. Die Spannung aus der schrumpfenden Zahl an Arbeitskräften in der EU und rasch wachsenden Bevölkerungen im Süden des Mittelmeeres kann nicht durch institutionelle Separierung gelöst werden. Vielmehr liegt hier eine Lösung für den langfristigen Bedarf der EU an qualifizierten Arbeitskräften. Ohne Befriedung der ethnischen Konflikte wird auch wachsender Wohlstand keinen dauerhaften Frieden bringen. Und auch die ungelösten Energiefragen erfordern eine engere Kooperation zur Sicherung von erneuerbaren Energieträgern, als es eine lose Union möglich macht.

*Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.